

## Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

### Sieben Jahre Rot-Grün – Deutschland braucht den Neuanfang

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Rot-Grün hinterlässt nach sieben Jahren Regierungsverantwortung eine dramatische Schlussbilanz: Knapp 5 Millionen Menschen sind offiziell arbeitslos. Hinzu kommen über 1,3 Millionen Menschen, die sich in Betreuungsprogrammen der Arbeitsverwaltung befinden sowie weitere Hunderttausende, die sich enttäuscht zurückgezogen haben. Fast 7 Millionen Menschen ohne Arbeit: das ist die höchste Zahl seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Zum fatalen Erbe von 7 Jahren rot-grüner Regierungspolitik gehört auch: Deutschland ist zum wirtschaftlichen Schlusslicht in Europa geworden. In diesem Jahr wird das Wachstum voraussichtlich erneut unter 1 Prozent bleiben. Es droht also die Rückkehr zum faktischen Stillstand der letzten Jahre. Alle 15 Minuten geht in Deutschland eine Firma Pleite. Unser Land zehrt von der Substanz.

Seit 2002 sind die öffentlichen Finanzen völlig aus dem Ruder gelaufen. Trotz niedriger Zinsen wird die Zinslast in den kommenden vier Jahren etwa doppelt so schnell steigen wie die Steuereinnahmen. In jeder Stunde eines Tages kommen zu dem bestehenden Schuldenberg 6 Mio. Euro neue Schulden hinzu. Rot-Grün hat das Tafelsilber der Bundesrepublik Deutschland verschleudert und alle finanziellen Spielräume blockiert. Diese Hypothek lastet schwer auf Deutschlands Zukunft.

Durch Rot-Grün ist ein verheerender Vertrauensverlust für die Politik entstanden. Rot-Grün steht für gebrochene Versprechen, für unklaren Zick-Zack-Kurs und für unprofessionelles ständiges Nachbessern. Viele Menschen haben dadurch das Vertrauen in die Politik verloren.

Die Bilanz der letzten sieben Jahre zeigt: Deutschland wird weit unter Wert regiert. Die Menschen können und wollen mehr als unter Rot-Grün möglich war. Die Kernprobleme sind:

#### 1. Massenarbeitslosigkeit

Im Herbst 1998 waren 3,9 Millionen Menschen ohne Job. Im August 2005 sind über 4,7 Millionen Arbeitslose bei der Bundesagentur und in den optierenden Kommunen registriert. Auch nach alter Zählweise hat die Arbeitslosigkeit gegenüber Mitte 1998 um rund 400 000 zugenommen. Das Fazit kann nur lauten: Sieben Jahren Kanzlerschaft Schröder sind sieben verlorene Jahre für den Arbeitsmarkt.

Selbst in Zeiten leicht anziehender Konjunktur werden in Deutschland keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Stattdessen sind in den letzten Jahren Tag für Tag rund 1 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren gegangen.

Zur Schwächung des Arbeitsmarkts haben zunächst Fehlentscheidungen der Anfangszeit der Regierung Schröder beigetragen: Mit dem Scheinselbständigkeitsgesetz und der faktischen Abschaffung der sozialversicherungsfreien 325-Euro-Jobs schuf Rot-Grün beschäftigungshemmende Bürokratie und kippte ohne Not eine wirksame beschäftigungsfördernde Maßnahme der Vorgängerregierung.

Zwar konnten einige Verschlechterungen auf Initiative der Opposition rückgängig gemacht werden, z. B. durch Einkassieren der Regelungen zur Scheinselbständigkeit. Den notwendigen grundlegenden Reformen hat sich die Bundesregierung jedoch verweigert.

Mit der „Agenda 2010“ legte Bundeskanzler Gerhard Schröder ein Konzept vor, das wenigstens in Ansätzen den Willen zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik erkennen ließ. Die seit langem von der Opposition geforderte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) mit dem Ziel des Förderns und Forderns ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sprang die Bundesregierung auch hier zu kurz: So wurde die sinnvolle Verlagerung der Zuständigkeit für die Langzeitarbeitslosen in die Kommunen ebenso wenig aufgegriffen wie die Möglichkeit einer weitergehenden Entriegelung des Arbeitsmarktes in Form von betrieblichen Bündnissen für Arbeit und einer Flexibilisierung des Kündigungsschutzes. Mit den „1-Euro-Jobs“ wird seit Anfang 2004 ein Instrument im Übermaß angewendet, das zum einen die Beschäftigungsstatistik schön und zum anderen zur Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen führt.

## 2. Wachstumshemmnisse

Die deutsche Wirtschaft ist in den sieben Jahren unter Bundeskanzler Gerhard Schröder in anhaltende Stagnation verfallen und hat sowohl im europäischen als auch im globalen Vergleich den Anschluss verloren. Zudem ist der Aufbau Ost unter Rot-Grün ins Stocken geraten. In der Wirtschaftsentwicklung hat sich die Schere zwischen Ost und West weiter geöffnet.

Deutschland ist beim Wohlstand zurückgefallen. Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lag Deutschland 1998 noch auf dem 6. Platz im Kreis der EU-Partner, heute nur noch auf Platz 11. Unter den langjährigen Mitgliedsländern hatten 2004 nur Portugiesen, Griechen, Spanier und Italiener ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen als die Deutschen.

Nachdem sich die Konjunktur 2002 und 2003 am Rande der Rezession bewegte, erreichte Deutschland im vergangenen Jahr bei einem Wachstum von 4,9 Prozent weltweit und 2,4 Prozent in der EU nur ein Plus von 1,6 Prozent. Für 2005 werden sogar wieder Werte von unter 1 Prozent prognostiziert. Damit liegt Deutschland beim Wirtschaftswachstum im europäischen Vergleich seit Jahren weit hinten.

Kernproblem der deutschen Volkswirtschaft sind Rahmenbedingungen, die das Wachstum hemmen, statt es zu fördern: Verkrustete Strukturen in den Sozialsystemen und am Arbeitsmarkt, steigende Lohnnebenkosten, ein Übermaß an Bürokratie und zu geringe staatliche Investitionen in Innovation und Infrastruktur.

Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit sinkt im internationalen Vergleich immer weiter. Gründe hierfür sind Überregulierungen und mangelnde Regierungseffizienz, eine unkontrollierte Normenflut mit einer Überbürokratisierung, die sich wie Mehltau auf die marktwirtschaftlichen Antriebskräfte legt und sie

lähmt. Seit 1998 ist die Zahl der Bundesgesetze um 725 gewachsen, die Zahl der Rechtsverordnungen des Bundes um 2 057. Die notwendige Modernisierung der Entscheidungsprozesse im Bundesstaat hat die rot-grüne Regierung kurz vor dem Ziel mit unerfüllbaren Forderungen an die Länder scheitern lassen. Das Antidiskriminierungsgesetz, das aus Anlass der Umsetzung europäischen Rechtes weit über die Vorgaben hinaus gehende Regelungen traf, würde Wachstum und Arbeitsmarkt mit neuen bürokratischen Hürden belasten.

Deutschland weist im Kreis der EU-Mitgliedstaaten noch immer eine überdurchschnittlich hohe effektive Steuerbelastung der Unternehmererträge auf. Allein die Ausgestaltung unseres Steuersystems ist ein Muster von Überregulierung und ein wesentliches Hemmnis für Investitionen. Die gestückelten Steuerenkungen der letzten Jahre ohne Einbettung in eine echte Neustrukturierung des Steuersystems verpufften ohne positive Effekte für Wachstum und Beschäftigung. Zugleich hat es die Regierung Schröder nicht geschafft, die kostenträchtigen Sozialabgaben spürbar und nachhaltig zu senken.

### **3. Wenig Zuversicht für Familien und Kinder**

Die Familienpolitik der vergangenen Jahre hat es nicht vermocht, im Wechselspiel politischer Entscheidungen die Rahmenbedingungen für Familien und Kinder nachhaltig zu verbessern. Die meisten jungen Menschen haben den Wunsch nach Kindern, doch unverändert machen viele die Erfahrung, sich diesen Wunsch nicht erfüllen zu können. Das Armutsrisiko für Haushalte mit Kindern ist nicht gesunken. Den Familien fehlen vor allem Arbeitsplätze für ihren Lebensunterhalt.

Beim Ausbau der Tagesbetreuung rühmt sich die Bundesregierung einer Leistung für die Familien, die Lasten werden jedoch tatsächlich ohne dauerhaft verlässliche Finanzierungsgrundlage den Kommunen aufgebürdet.

Rot-grüne Familienpolitik hat zu wenig dafür getan, Frauen und Männern echte Wahlfreiheit für ihre Lebensgestaltung zu eröffnen. Diese Wahlfreiheit wird doppelt eingeschränkt erlebt: Für die Einen, weil es an Möglichkeiten fehlt, um Familie und Beruf verbinden zu können, und für die Anderen, weil die Aufgabe, Kinder zu erziehen, in der Öffentlichkeit zu wenig anerkannt ist. Frauen und Männer müssen selbst entscheiden können, wie sie Familie und Erwerbstätigkeit in verschiedenen Lebensphasen miteinander vereinbaren. Eltern sollen entscheiden, ob sie ihre Kinder selbst erziehen und betreuen oder Kinderbetreuungseinrichtungen in Anspruch nehmen. Die Beziehungen zwischen Arbeitswelt und Familie müssen in ein neues Gleichgewicht gebracht werden. Gefragt sind familiengerechte Jobs – und nicht jobgerechte Familien.

### **4. Staatsfinanzen zerrüttet**

Angetreten mit dem Ziel, die Neuverschuldung bis zum Jahr 2006 auf Null zu fahren, hinterlässt die Regierung Schröder eine dramatische Rekordverschuldung. Die jährliche Neuverschuldung des Bundes hat sich von 29 Mrd. Euro 1998 auf rund 40 Mrd. Euro im Jahr 2004 erhöht. Mit Ablauf des Jahres 2005 wird die rot-grüne Bundesregierung seit 1998 insgesamt rund 160 Mrd. Euro neue Schulden gemacht haben. Dadurch ist der Schuldenstand des Bundes unter Rot-Grün auf über 900 Mrd. Euro gestiegen. Tag für Tag muss der Bund mehr als 100 Mio. Euro Zinsen zahlen. Jedes Kind kommt heute mit rund 17 000 Euro Schulden auf die Welt. Eine solche Politik belastet die Zukunftschancen der nächsten Generationen.

Spätestens seit 2001 hat der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, die Öffentlichkeit planmäßig über den Umfang des laufenden Defizits im Bundeshaushalt getäuscht. Die durch Steuermindereinnahmen und nicht gedeckte Ausgaben

immer kritischere Situation wurde mit Einmalerträgen aus der Privatisierung von Bundesbesitz (Aktien von Post und Telekom) sowie aus der Veräußerung künftiger Forderungen kaschiert.

Das führt mit Blick auf das Jahr 2005 zu der Situation, dass im Haushaltsplan des Bundes nur eine Nettokreditaufnahme von rund 22 Mrd. Euro ausgewiesen wird. Die tatsächliche Lücke zwischen laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben wird dagegen bei bis zu rund 60 Mrd. Euro liegen. Dieses strukturbedingte Defizit ist die verheerende Erbschaft von sieben Jahren rot-grüner Haushalts- und Finanzpolitik und zeigt den Konsolidierungsbedarf im Bundeshaushalt.

Seit 2002 hat Deutschland in jedem Jahr die Euro-Stabilitätskriterien verfehlt. Um sich Luft zu verschaffen, hat die Regierung Schröder maßgeblich dazu beigetragen, den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt aufzuweichen. Die Neuinterpretation der Maastricht-Regeln rüttelt an den Grundpfeilern der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, der vertraglichen Verpflichtung eines jeden Mitgliedslandes des Euroraums zu ausgeglichenen Haushalten und zur Vermeidung von übermäßigen Defiziten. Der Stabilitätspakt ist ein politisches Versprechen für dauerhaft solide Staatsfinanzen. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, sind von diesem Versprechen abgerückt. Damit haben sie nicht nur das Ziel der Schuldendisziplin aufgegeben, sondern gefährden auch noch die Stabilität des Euro.

Die rot-grüne Bundesregierung hat mit ihrer verfehlten Finanzpolitik auch Städte, Gemeinden und Landkreise in eine schwere Finanzkrise geführt. Um die eigenen Gestaltungsspielräume auf Kosten der Kommunen auszuweiten, hat die Bundesregierung strukturelle Defizite der bundesstaatlichen Finanzordnung in beispielloser Weise ausgenutzt. Die Einschnitte in die kommunalen Einnahmen (z. B. die temporäre Erhöhung der Gewerbesteuerumlage) und die Aufgaben- und Kostenverlagerung auf die Kommunen (z. B. Grundsicherung, Kinderbetreuung) führten zum faktischen Aushöhlen des kommunalen Selbstverwaltungsrechts. Der rasante Anstieg kommunaler Pflichtaufgaben im sozialen Bereich auf der Grundlage von Bundesgesetzen ist eine der Hauptursache für den drastischen Rückgang bei allen freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben. Der damit verbundene Niedergang der kommunalen Investitionen mit all seinen negativen Auswirkungen auf Handwerk und Mittelstand, ist ein wesentlicher Faktor für die anhaltende Wirtschafts- und Beschäftigungskrise in Deutschland.

## **5. Rentenfinanzen aus den Fugen**

Die gesetzliche Rentenversicherung ist unter Rot-Grün in die schwerste Finanzkrise ihrer Geschichte geraten. Infolge einer völlig verfehlten und konzeptionslosen Rentenpolitik konnte weder ein verlässliches Renteniveau gesichert noch eine wirkliche Stabilisierung des Beitragssatzes erreicht werden.

Gerhard Schröder startete seine Kanzlerschaft 1998 mit einer gravierenden rentenpolitischen Fehlentscheidung: Um sein populistisches Wahlversprechen zu erfüllen, nahm er den demographischen Faktor in der Rentenversicherung ohne adäquaten Ersatz zurück. Dies hat er dann im Jahr 2003 selbst als falsch bezeichnet. Dieser Fehler wog schwer: Das Finanzgefüge geriet unweigerlich auf die schiefe Bahn.

Schon im Jahr 2000 reichten die Mittel der Rentenkasse nur noch für eine Rentenanpassung in Höhe der Inflationsrate. Durch das fehlende Wirtschaftswachstum und die hohe Arbeitslosigkeit müssen die Rentner in den Jahren 2004 und 2005 weitere Nullrunden hinnehmen. Damit sinken die Netto-Renten sogar, denn seit letztem Jahr zahlen die Rentner den vollen Pflegebeitrag und müssen ab Mitte 2005 in der Krankenkasse den Sonderbeitrag für Zahnersatz und Krankengeld tragen. Mit der Rentenreform 2001 wollte die Bundesregierung den

Rentenbeitrag stabilisieren. Dies ist nur mit folgenschweren Tricks und der Verlagerung der finanziellen Belastung der Bürger in andere Bereiche gelungen.

Die unverantwortliche Absenkung der Schwankungsreserve auf inzwischen nur noch 0,2 Monatsausgaben hat die Finanzkrise der Rentenkasse verstärkt. Ohne solche Notmaßnahmen wäre schon 2004 ein Anstieg des Rentenbeitrages auf 20,3 Prozent erforderlich gewesen.

Die von der rot-grünen Bundesregierung zur Finanzierung der Rentenkasse eingeführte Ökosteuern hat sich in ihrer jetzigen Form von Anfang an als verfehlt und unausgegoren erwiesen. Sie belastet Bürger und Unternehmen erheblich zusätzlich und beeinträchtigt deren Leistungsfähigkeit, ohne eine ökologische Lenkungswirkung zu entfalten.

Die Kürzungsfaktoren (Riester-Faktor und Nachhaltigkeitsfaktor), die Rot-Grün mit ihren Renten-Reformen in die Anpassungsformel eingefügt hat, um viel zu spät einen Ersatz für den beseitigten demographischen Faktor zu schaffen, sind ohne Wirkung verpufft und werden von maßgeblichen Experten bereits heute wieder in Frage gestellt. Fazit: Es gibt keinen verlässlichen Regelmechanismus mehr bei der Rentenanpassung. Mit der Reform 2004 hat Rot-Grün das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente für die jüngere Generation massiv abgesenkt. Gleichzeitig funktioniert die – im Ansatz richtige – kapitalgedeckte „Riester-Rente“ nicht, weil sie zu kompliziert und bürokratisch umgesetzt wurde. Von 40 Millionen Förderberechtigten haben bislang nur rund sechs Millionen eine Riester-Rentenversicherung abgeschlossen.

## **6. Kranken- und Pflegekasse instabil**

Der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung ist unter der rot-grünen Bundesregierung von 13,6 Prozent im Jahre 1998 auf 14,3 Prozent im Jahre 2003 gestiegen. Trotzdem haben die Krankenkassen in dieser Zeit eine enorme Verschuldung angehäuft. Ende 2003 belief diese sich auf rund 8,3 Mrd. Euro. Im Jahre 1998 hatte die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung der Regierung Gerhard Schröder die GKV noch mit Finanzreserven in Höhe von rund 4 Mrd. Euro übergeben.

Die Bundesregierung hat bis heute kein überzeugendes Gesamtkonzept für eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung vorgelegt. Rot-Grün hat daran festgehalten, die gesetzliche Krankenversicherung aus den Arbeitskosten zu finanzieren. Die Versicherungsbeiträge wirken so wie eine zweite Lohnsteuer.

Das von der Regierung unter Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl verfolgte Ziel, im Gesundheitssystem ein größeres Maß an Selbstbestimmung und Eigenverantwortung bei Erhalt einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung durchzusetzen, hat Rot-Grün aufgegeben. Stattdessen wurde unser freiheitliches Gesundheitswesen schrittweise in ein staatlich gelenktes bürokratisches Gesundheitssystem überführt. Immer neue Einzelmaßnahmen und Nachbesserungen erwiesen sich als untauglich. Die zahlreichen dirigistischen Eingriffe haben die Qualität der Versorgung beeinträchtigt, das Arzt-Patientenverhältnis belastet, bei Patienten und Ärzten gleichermaßen Frustration hervorgerufen und dennoch keine Einspareffekte erzielt. Das GKV-Modernisierungsgesetz hat kurzfristig Entlastung verschafft. Dies reicht jedoch nicht aus. Das Gesundheitssystem muss langfristig auf eine neue Basis gestellt werden. Vor allem aber weigert sich Rot-Grün, die Gesundheitskosten von den Arbeitskosten zu entkoppeln.

In der Pflegeversicherung hat die rot-grüne Bundesregierung sieben Jahre lang nichts unternommen, um die Finanzbasis der Pflegeversicherung zukunftstauglich zu machen. Eine nachhaltige Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung ist jedoch die Voraussetzung, um einen Spielraum für Leistungsverbesserungen für die Pflegebedürftigen, insbesondere für Demenzkranke, zu schaffen. Eine

steigende Zahl Pflegebedürftiger, zunehmender Bedarf umfangreicherer Pflege und ein langsamerer Anstieg der Beitragseinnahmen infolge anhaltender Arbeitslosigkeit und geringer Lohnzuwächse zehren die Substanz der Pflegekasse auf. Bei dieser Entwicklung werden die Rücklagen im Jahre 2008 verschwunden sein. Die Bundesregierung begegnet dieser Problematik ohne ein klares Konzept: Die Zweckentfremdung von Finanzmitteln und vereinzelte strukturelle Maßnahmen erwiesen sich als kostentreibend und führten zu stärkerer Reglementierung. Gleichzeitig wird die Versorgung der Pflegebedürftigen immer schlechter. Die Forderung des Bundesverfassungsgerichts, Familien mit Kindern in der Pflegeversicherung besser zu stellen, hat Rot-Grün dazu missbraucht, Kinderlose ab dem 1. Januar 2005 mit höheren Beiträgen zu belasten, um höhere Einnahmen zu erzielen. Eine Entlastung der Familien blieb dagegen aus.

## 7. Zukunftsverhinderung

Nur mit Bildung, Forschung und Innovation kann Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen. Doch in Deutschland wird zuwenig in diese Bereiche investiert. Unsere Innovationsbudgets sind im internationalen Vergleich zu gering und werden den Herausforderungen einer hochtechnologischen Wissensgesellschaft nicht gerecht.

Bundeskanzler Gerhard Schröder ist 1998 angetreten, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu verdoppeln. Aus dem Verdopplungsversprechen ist eine reale Kürzung geworden. Von 1998 bis 2004 hat die Bundesregierung die Forschungsausgaben lediglich um 7,7 Prozent gesteigert. Die Inflationsrate lag im selben Zeitraum bei 8,4 Prozent. Besonders gravierend ist der Rückgang in den letzten Jahren. In den Jahren 2002 und 2003 lag der nominale Zuwachs bei Null, 2004 wurden 2,8 Prozent gekürzt.

Das Ergebnis rot-grüner Politik ist der schleichende Verlust technologischer Leistungsfähigkeit. Nach der Produktion verlagern deutsche Unternehmen auch Forschung und Entwicklung zunehmend ins Ausland. Nach einer Studie des DIHK forschen schon 33 Prozent der Unternehmen im Ausland und weitere 17 Prozent planen die Auslagerung in den nächsten drei Jahren, wenn nichts Entscheidendes passiert.

Das Gentechnikgesetz wurde zum Ausstiegserlass für die Grüne Gentechnik umfunktioniert. Haftungsregelungen ohne klaren Bezug zur Verschuldung machen Forschung und Anwendung in Deutschland unnötig riskant. Wissenschaftler in den Forschungseinrichtungen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft erhalten Forschungsverbote und Maulkörbe. Sie dürfen sich nicht an den Programmen der gentechnischen Sicherheitsforschung beteiligen. Von den 72 wissenschaftlichen Freisetzungsversuchen 1999 sind noch 10 übrig geblieben. Während weltweit 70 bis 80 Mio. Hektar mit gentechnisch gezüchteten Pflanzen bestellt sind, ist der Anbau in Deutschland unter Rot-Grün nicht über das Erprobungsstadium hinausgekommen.

Der von Rot-Grün betriebene Ausstieg aus der Kernforschung schadet Deutschland. Während weltweit Kraftwerke neuen Typs gebaut werden und weitere Innovationen anstehen, stammt die letzte deutsche Diplomarbeit in der Kerntechnik aus dem Jahr 2001.

An den Hochschulen wird sich die Zukunft unseres Landes entscheiden. Sie brauchen mehr Freiheit und ein neues Finanzierungssystem, um sich im internationalen Wettbewerb entwickeln zu können. Doch unter Rot-Grün sind Deutschlands Hochschulen zurückgeworfen worden. Die Hochschulbaufördermittel des Bundes sind seit 2002 von 1,1 Mrd. Euro auf 925 Mio. Euro 2005 gesunken. Nach Analyse des Wissenschaftsrates klafft mittlerweile eine Lücke von mehr als 1 Mrd. Euro bei Neubau und Sanierung der Hochschulen.

Statt Freiheit und Wettbewerb hieß die ideologisch ausgerichtete Hochschulpolitik von Rot-Grün: Studiengebührenverbot und Abschaffung der Habilitation. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Vorhaben endlich zu Fall gebracht. Aber durch die unklare Lage bei der Juniorprofessur wurden viele Nachwuchswissenschaftler verunsichert und sind ins Ausland abgewandert. Die Ablehnung von sozialverträglich ausgestalteten Studiengebühren und die Einschränkungen bei der Drittmittelinwerbung wirken sich finanziell aus: Den Hochschulen fehlen ohne private Mittel 3 bis 4 Mrd. Euro jährlich.

### **8. Infrastruktur vernachlässigt, Energie verteuert**

Die für 2005 geplante Investitionsquote im Bundeshaushalt beträgt magere 8,9 Prozent – im Vergleich zu 1998 ist der Investitionsanteil an den Ausgaben des Bundes um über 20 Prozent gesunken. Das wirkt sich vor allem negativ auf die Infrastruktur aus. Mit sinkenden Investitionen in die Verkehrswege verspielt Rot-Grün Deutschlands Chancen. Der Ende 2003 vorgelegte Verkehrswegeplan wird dem tatsächlichen Bedarf nicht gerecht. Von der angekündigten und notwendigen Verstärkung der Finanzmittel für den Verkehrswegebau ist nichts zu sehen. Damit fehlt Planungssicherheit für Straße, Schiene und Wasserstraße. Allein im Haushaltsjahr 2005 sind die Verkehrsinvestitionen trotz erwarteter zusätzlicher Einnahmen aus der Lkw-Maut in Höhe von 3 Mrd. Euro um mehr als 500 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr gekürzt worden.

Durch die Energiepolitik der Regierung Gerhard Schröder liegen die deutschen Energiepreise 50 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Die Investitions- und Innovationsanstrengungen der deutschen Wirtschaft werden durch bürokratische Hemmnisse im Planungsbereich und innovationsschädliche Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze ausgebremst. Insbesondere die unternehmerische Forschung hat darunter gelitten: Betrugten die Steigerungsraten hier Ende der 90er Jahre noch 10 Prozent, sind sie unter Rot-Grün kontinuierlich gesunken und 2004 bei einem Minus von 1,7 Prozent angelangt.

Die von der CDU/CSU-FDP-Koalition durchgesetzte Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes hatte zu deutlichen Strompreisentlastungen in Höhe von rund 7,5 Mrd. Euro geführt. Die deutschen Unternehmen wurden dadurch im internationalen Wettbewerb gestärkt und die privaten Haushalte spürbar entlastet. Der Erfolg der Liberalisierung ist durch die interventionistische Energiepolitik der rot-grünen Bundesregierung konterkariert worden. Anstatt den Energiepreis stabil zu halten und alternative Energiegewinnung sinnvoll zu fördern, hat die Regierung Gerhard Schröder den Strom für Privathaushalte und Unternehmen unnötig verteuert: Mit neuen ungebremsten Subventionen für Windkraftanlagen auf der einen und der Abschaltung sicherer und wirtschaftlicher Kernkraftwerke auf der anderen Seite. Erneuerbare Energien müssen sinnvoll gefördert werden – stattdessen hat Rot-Grün sie völlig unabhängig von ihrer Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und Marktreife hoch subventioniert. Die Zukunft der fossilen Brennstoffe und die Möglichkeiten der Kernfusion werden nicht untersucht. Eine offene, zukunftsgerichtete und marktbezogene Energieforschung war nie Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung.

Die staatliche Belastung der Strompreise beträgt heute insgesamt rund 12 Mrd. Euro. Die Stromsteuer wird 2005 voraussichtlich 6,6 Mrd. Euro und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) etwa 2,4 Mrd. Euro ausmachen.

### **9. Umweltpolitik der Verbote**

Mit einer ideologischen und auf Konfrontation aufgebauten Umweltpolitik hat die rot-grüne Bundesregierung in den vergangenen Jahren Arbeitsplätze vernichtet, Investitionen behindert und Wachstum verhindert. Anstatt ökologische und ökonomische Ziele in Einklang zu bringen setzte die Regierung Gerhard

Schröder auf Bürokratie und Reglementierung. Statt EU-Richtlinien einfach eins-zu-eins in nationales Recht umzusetzen, hat Rot-Grün großen Ergeiz darauf verwandt, Richtlinien zu verschärfen.

Verfehlt hat die Bundesregierung in konkreten umweltpolitischen Fragen ihre eigenen Vorgaben:

Im Bundesnaturschutzgesetz dominiert ein verordneter Naturschutz, die Potentiale von Kooperationsprinzip und Vertragsnaturschutz werden nicht genutzt. Der Waldzustandsbericht 2004 vermeldete die schlimmste Schädigung der Bäume, die je festgestellt wurde. Die Bundesregierung ist 1998 mit dem Versprechen angetreten, den Schutz vor Verkehrs- und insbesondere Fluglärm zu verbessern – in sieben Jahren wurde dazu vom Kabinett kein Gesetzentwurf beschlossen. Die Zusammenführung der Umweltvorschriften in einem Gesetzbuch würde das Umweltrecht transparenter und schneller vollziehbar machen. Die Chance auf ein Umweltgesetzbuch wurde mit dem Scheitern der Föderalismuskommission vertan.

1998 haben SPD und Grüne im Koalitionsvertrag das Ziel ausgegeben, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2005 gegenüber 1990 um 25 Prozent zu senken. In ihrem Klimaschutzprogramm vom 18. Oktober 2000 hat die Bundesregierung dieses Ziel bekräftigt. Tatsächlich lag die Minderung bis 2003 nur bei rund 15 Prozent, wobei zu berücksichtigen gilt, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß schon bis 1998 um 13 Prozent unter dem Ausgangswert von 1990 lag.

Rot-Grün hat in der Koalitionsvereinbarung aus dem Jahre 1998 angekündigt, einen nationalen Entsorgungsplan für radioaktive Abfälle zu erarbeiten und alternative Standorte zur Auswahl eines atomaren Endlagers zu untersuchen. Die Untersuchung des Salzstocks in Gorleben wurde unterbrochen. Ende 2002 hat dann der von der Bundesregierung eingesetzte „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AK End)“ einen Abschlussbericht vorgelegt. Geschehen ist seitdem nichts. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, hat wiederholt angekündigt, einen Gesetzentwurf zur Suche nach einem Endlager für Atommüll vorzulegen, Eckpunkte dazu sollten im Herbst 2004 vorgestellt werden. Passiert ist wieder nichts. Fazit: Auch hier trotz vieler Ankündigungen kein Ergebnis.

## **10. Konfrontation und Bürokratie bei Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Seit ihrem Regierungsantritt im Januar 2001 hat Bundesministerin Renate Künast nicht den Dialog mit den Landwirten und ihrem Berufsverband gesucht, sondern in öffentlichen Auftritten gegen sie polemisiert. Die von Rot-Grün propagierte „Agrarwende“ ist von Fachleuten von Anfang an kritisiert worden. Knapp ein Jahr nach ihrem Amtsantritt traten die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft geschlossen zurück.

Unter Rot-Grün sterben Bauernhöfe. Besonders betroffen sind die bäuerlichen Familienbetriebe bis 50 Hektar. Von diesen haben allein von 2003 auf 2004 5,4 Prozent aufgegeben. Dies ist das Ergebnis einer durch und durch landwirtschaftsfeindlichen Politik der Regierung Gerhard Schröder.

Überreglementierung in der Futtermittelgesetzgebung, bürokratische Aufzeichnungspflichten und national überzogene Umsetzungen von EU-Richtlinien belasten die Branche. Die im Jahre 2001 verschärften Schwellenwerte für Unverträglichkeitsprüfungen und Bundes-Immissionsschutz-Genehmigungen haben dazu geführt, dass die Baugenehmigungen für Ställe, Scheunen und andere landwirtschaftliche Gebäude seit Jahren immer weiter zurückgehen. Außerdem hat die rot-grüne Bundesregierung die Bundeszuschüsse zur landwirtschaftlichen



Unfall- und Krankenversicherung gekürzt, so dass für die Betriebe erheblich höhere Beiträge zu zahlen sind. Die Steuerbelastung für Agrardiesel ist seit 1998 beinahe auf das Vierfache erhöht worden, die deutschen Landwirte zahlen EU-weit den höchsten Steuersatz von durchschnittlich 40 Cent je Liter, andere EU-Länder wie Frankreich, Österreich und Schweden haben diese Steuern sogar gesenkt.

Die rot-grüne Bundesregierung hat eine einseitige Förderung des ökologischen Landbaus betrieben. Doch obwohl die Öko-Landwirte durchschnittlich um 13 400 Euro höhere staatliche Transferzahlungen als ihre konventionellen Kollegen erhalten, liegt der Anteil des ökologischen Landbaus zurzeit nur bei ca. 2,5 Prozent. Das rot-grüne Ziel eines Öko-Anteils von 20 Prozent bleibt bloße Utopie, kostet den Steuerzahler aber viel Geld.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert:

Die Menschen wollen eine Politik, die Verlässlichkeit des staatlichen Handelns mit Vertrauen in den Bürger und seine Fähigkeiten verbindet. Die Menschen wissen, dass es ein Zurück in die Vergangenheit nicht gibt und wollen deswegen, dass Deutschland seine Chancen in der Globalisierung nutzt. Die Menschen suchen Halt und Sicherheit unter veränderten Bedingungen. Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts muss Zukunftsfähigkeit und Stabilität des Gemeinwesens verbinden. Deutschland braucht den Wechsel zu einer Politik, die dieser Aufgabe gerecht wird. In Deutschland steckt mehr. Die Menschen in diesem Lande können mehr. Die zukünftige Bundesregierung muss Vertrauen in die Menschen setzen sich daher an folgenden Leitlinien orientieren:

- Wachstum stärken – Vorfahrt für Arbeit;
- Steuern senken – Steuersystem vereinfachen;
- Haushalt konsolidieren – Beitrag zur Generationengerechtigkeit;
- Soziale Sicherheit verlässlich gestalten;
- Familien entlasten – Erziehungsleistung anerkennen;
- Investitionen erhöhen – Infrastruktur ausbauen;
- Technologie fördern, Forschungsaufwendungen erhöhen;
- Ausbildung verbessern;
- Bürokratie abbauen;
- Föderalismus reformieren;
- Landwirtschaft stärken.

Berlin, den 6. September 2005

**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**  
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**





